

Bürgerschaft geringer als erwartet

Festival soll wie etwa das Mühlenfest behandelt werden / Lernprozess für die Jugend

VON MAREN BRANDSTÄTTER

Horn-Lehe. 8000 Euro aus Globalmitteln hatte sich die Projektgruppe der Horner Jugendbeteiligung vom Beirat gewünscht, um das für den Sommer geplante Festival finanziell abzusichern. Quasi als Bürgerschaft – Einnahmen, Fördermittel und Sponsorengelder sollen, wie berichtet, in den Globalmittel-Topf zurückfließen. Nach langer Diskussion hat sich der Beirat auf seiner jüngsten Sitzung für bis zu 6000 Euro entschieden. Mehrheitlich, wie Beiratssprecherin Catharina Hanke (SPD) mit Bedauern zur Kenntnis nahm.

„Es wäre ein wichtiges Signal für die Jugendlichen, dass der Beirat geschlossen hinter der Entscheidung steht“, hatte sie im Zuge der Diskussion betont. Doch ein Konsens wollte sich nicht einstellen. Alle Fraktionen lobten das im vergangenen Monat vorgestellte Konzept der Jugendlichen erneut ausdrücklich. Wie weit die finanzielle Absicherung durch Globalmittel gehen dürfe, bezifferte die CDU-Fraktion aber mit 5000 Euro.

„Das ist unsere absolute Schmerzgrenze“, erklärte Fraktionssprecher Stefan Quaß. Das Jugendprojekt dürfe aus seiner Sicht nicht anders behandelt werden als andere Veranstaltungen, wie beispielsweise das Mühlenfest. Die Genehmigung von 8000 Euro für eine Bürgerschaft entspräche im Extremfall einer Vollfinanzierung des Festivals, und das gehe zu weit. Zumal es sich bei der Veranstaltung nur um eine Party handele.

Dieter Mazur, Sprecher der Grünen-Fraktion, zeigte sich enttäuscht von der Stellungnahme der CDU, der sich zuvor auch Ulf-Brün Drechsel (FDP) angeschlossen hatte. „Das Konzept hat uns alle begeis-

tert“, betonte er. Damit lasse sich das Projekt Jugendbeteiligung im Stadtteil anschieben – „da sollten wir jetzt nicht kniekrig sein“.

Fraktionskollege Michael Koppel erachtete hinsichtlich der knappen Haushaltskasse eine Vollfinanzierung für problematisch. Sein Vorschlag lautete daher 6000 Euro, inklusive Lernprozess für die Jugendlichen, auch mit weniger Geld haushalten zu können, als ursprünglich veranschlagt.

Gunnar Erleben, Sozialpädagoge und Ansprechpartner für das Jugendbeteiligungs-Projekt versicherte, der Ehrgeiz der Jugendlichen bei der Sponsorensuche sei hoch. Die Jugendlichen wollten sich keinesfalls auf den bewilligten Globalmitteln „ausruhen“. Wenn das Festival ein Erfolg werde, könne es seiner Einschätzung nach „ein Aushängeschild für Horn-Lehe werden“.

Klares Ergebnis

Ebenfalls mehrheitlich fiel das Abstimmungsergebnis des Beirats zu einem Antrag der CDU-Fraktion aus. Dieser fordert, die Riensberger Straße einschließlich des nördlichen Teils zwischen Horner Heerstraße und Kleiner-Wümme-Brücke durchgängig als Tempo-30-Zone anstatt – wie vom Verkehrssenator geplant – als Tempo-30-Bereich auszuweisen. Gleiches gelte für den angrenzenden Abschnitt der Achterstraße bis zum Bahnübergang.

Mit der Ausweisung als Zone erkenne die Behörde besagten Straßenabschnitt als Wohngebiet an. Mit der Ausweisung als Bereich stelle sie dagegen schon jetzt die Weichen für eine im Verkehrsentwicklungsplan (VEP) 2025 aufgeführte Verknüpfung der Straßenbahnlinien 4 und 6 über die Riensberger Straße. Für diese habe sich der

Beirat seinerzeit aber nicht ausgesprochen, da keine Zahlen und Erhebungen zur Beurteilung der Maßnahme vorgelegen hätten, so die Begründung der CDU.

Diese „Verschwörungstheorie“ ging Dieter Mazur ein bisschen zu weit. Die VEP-Maßnahme beziehe sich auf einen Zeitraum „in acht bis zwölf Jahren“. Die Idee, dass die Behörde mit dem Tempo-30-Bereich jetzt schon den Grundstein dafür legen wolle, halte er für irrational.

Auch Borchert Haake (Grüne) zeigte sich irritiert über die Begründung der Christdemokraten, wenngleich er eine einheitliche Tempo-30-Zone an sich begrüße. Ulf-Brün Drechsel schlug in diesem Zusammenhang vor, die Behörde einfach nach dem Hintergrund für die Ausweisung als Bereich zu fragen, um in diesem Punkt Klarheit zu bekommen. Vielleicht, mutmaßte Mazur, sei die bewährte abknickende Vorfahrt an der Kleinen-Wümme-Brücke der Grund, den Abschnitt nicht als Zone auszuweisen, da in Zonen in der Regel rechts vor links gelte. Rainer Kocik, Sprecher der Bürgerinitiative Riensberger Straße, bemerkte dazu, dass es alternative Regelungen für derlei Fälle gebe. Auch aus seiner Warte sei kein Grund ersichtlich, „diese künstliche Trennung beizubehalten“. Schlussendlich folgte der Beirat dem Antrag der CDU-Fraktion mehrheitlich.

Einig waren sich die Stadtteilparlamentarier dagegen bezüglich eines interfraktionellen Antrags, mit dem der Beirat die Nutzung von Sporthallen in Horn-Lehe zur Flüchtlingsunterbringung ablehnt. Alternativ schlage man der Sozialbehörde den alten Campingplatz, das Gelände neben dem neuen Aldi-Markt an der Universitätsallee und den Technologiepark Süd als zu prüfende Standorte vor.